

„Es ist eine riesige Last von uns abgefallen“

Schiedsgericht weist Schadensersatzklage von Bergbaukonzern zurück. Erfolg für ehemaliges Förderprojekt

Seit zwei Jahrzehnten haben Menschen in Rumänien gegen Europas größte Goldmine gekämpft, die der kanadische Bergbaukonzern Gabriel Resources unter menschenrechtlich und ökologisch desaströsen Bedingungen in der Region um Roșia Montană plante – nun haben sie endgültig gewonnen: Anfang März lehnte ein Schiedsgericht in Washington die Klage des Konzerns ab. Gabriel Resources hatte den rumänischen Staat auf 4,4 Milliarden Dollar Schadensersatz verklagt, nachdem dieser auf Druck von sozialen Bewegungen ein Sondergesetz zurückgezogen hatte, das den Bau der Mine erlaubt hätte. Die Bewegungsstiftung hatte 2013 die Initiative „Salvati Roșia Montană“ und 2017 die Organisation „declic“ gefördert, die die Proteste maßgeblich mitorganisiert haben.

„Vor 20 Jahren kam ich nach Roșia Montană und habe die Einheimischen kennen gelernt, vor allem diejenigen, die sich gegen den Goldabbau wehrten“, erzählt Stephanie Roth von „Salvati Roșia Montană“. „Die meisten von ihnen waren Bauern und sie haben mich gefragt, ob ich ihnen helfen kann, denn ihnen fehlten die Mittel, um eine breite Öffentlichkeit darüber zu informieren, was hier passiert, wie Internetzugang und Englischkenntnisse, um an die Aktionäre ranzukommen und mit NGOs im Ausland zu kommunizieren. ‚Ok‘ habe ich gesagt, bin geblieben und habe seitdem mein Leben danach ausgerichtet, die Goldmine zu verhindern. Wir sind immer mehr geworden und haben alles gegeben; wir haben riesige Proteste organisiert, einige von uns wurden eingesperrt oder verhört oder zusammengeschlagen oder unter großen Lampen für Stunden kreuzverhört, so wie im Film. Das war keine einfache Kampagne, das war ein Krieg. Seit der Entscheidung des Schiedsgerichtes ist eine riesige Last von uns abgefallen, es ist ein unglaubliches Gefühl der Erleichterung.“

Gabriel Resources hatte 1999 eine Genehmigung zum Abbau von Gold und Silber in der Region Roșia Montană erhalten. Doch das Projekt traf auf erbitterten Widerstand von Einwohner*innen und Umweltinitiativen. Die Mine hätte die Zwangsumsiedlung von Anwohnenden mit sich gebracht, die Zerstörung jahrhundertealter Baudenkmäler, die Sprengung von vier Bergkuppen und die Verseuchung von Land und Wasser mit hochgiftigem Zyanid bzw. Blausäure, das bei der Gewinnung von Gold verwendet wird. Nach anhaltenden landesweiten Protesten, die Zehntausende auf die Straße brachten, zog die Regierung im Jahr 2014 ihre Genehmigung für die Mine zurück. Darauf verklagte Gabriel Resources den rumänischen Staat vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) auf die Zahlung von 4,4 Milliarden Dollar. „Salvati Roșia Montană“ und „declic“ verfolgten den Rechtsstreit über acht Jahre hinweg, zusammen mit der Organisation Client Earth und dem ECCHR (European Center for Constitutional and Human Rights). Sie reichten mehrfach sogenannte „amicus curiae“ ein, eine Methode, mit der zivilgesellschaftliche Akteure als dritte Parteien Gutachten und andere Informationen in die Verhandlungen einbringen können.

„Am Ende hat weder der korrupte rumänische Staat noch Gabriel Resources Recht bekommen, sondern Roșia Montană“, sagt Stephanie. „Das war ein Sieg für uns. Und auch ein Erfolg für die

Bewegungsstiftung. Die Stiftung hat uns in den letzten Jahren in kritischen Momenten unterstützt und hat uns sogar besucht. Dafür sind wir euch so sehr dankbar!“

Jetzt können die Menschen in Roșia Montană endlich daran gehen, ihre Zukunft zu planen. Gabriel Resources hatte die Gebäude der Stadt aufgekauft und verwahrlosen lassen, auch der rumänische Staat hatte Roșia Montană aufgegeben, solange unklar war, ob das Minenprojekt abgewendet werden konnte oder nicht. Jetzt geht es darum, dass die Menschen ihre Häuser zurückkaufen können und den Ort wieder mit Leben füllen. „Aber erstmal wird gefeiert“, sagt Stephanie.

Die Klage von Gabriel Resources ist erfolgreich abgewendet worden. Doch es kommt es immer wieder vor, dass Konzerne mit dem Instrument des ISDS (*investor state dispute settlement*), Staaten verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch demokratisch beschlossene Menschenrechte oder Umweltauflagen gefährdet sehen. Die Organisation PowerShift, ebenfalls ein ehemaliges Förderprojekt der Bewegungsstiftung, übt darum grundlegende Kritik an Handels- und Investitionsabkommen, in denen das ISDS verankert ist, weil sie den Konzernen Zugang zu einer Paralleljustiz verschaffen, über die Investoren weitgehende Sonderrechte durchsetzen können. Auch die Bundesrepublik Deutschland wurde schon verklagt, z.B. forderte der Energiekonzern Vattenfall Schadensersatz aufgrund der Entscheidung, aus der Atomenergie auszusteigen, und derzeit läuft ein Verfahren gegen den Steinkohleausstieg.

Englischsprachige Medienberichte dazu:

<https://www.reuters.com/markets/commodities/canadas-gabriel-resources-loses-damage-claim-against-romania-failed-gold-mine-2024-03-08/>